

„Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“

Umgang mit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprache

Stiftung Erinnerung Ulm

Stadthaus Ulm, 14. Februar 2017

MsvDuH,

Sie kennen die provokative Einlassung der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry, man solle das Wort *völkisch* wieder verwenden, es sei ja lediglich eine Ableitung von *Volk* und als solche unverfänglich.

Dies ist natürlich keine naive Geschichtsvergessenheit, sondern einer der vielen fragwürdigen Versuche, durch Provokation Aufmerksamkeit zu erhalten. Petry weiß, was wir alle wissen: *völkisch* ist nicht lediglich eine Ableitung von *Volk*, sondern vielmehr ein Wort, das seit Nationalsozialismus und Holocaust kontaminiert und derart indiziert ist, dass sich seine Verwendung verbietet – das ist übrigens eines der Tabus, von denen die AfD meint, sie fielen unter die Beschränkungen der freien Meinungsäußerung: „man wird doch wohl noch sagen dürfen“.

Völkisch also – eine Lehnübersetzung des 15. Jahrhunderts von lat. *popularis*, deren Verwendung sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts erweitert: 1811 verwendet es Fichte im Sinn von ‚deutsch‘, 1875 schlägt ein österreichischer Germanist vor, *völkisch* im Sinn von ‚national‘ zu gebrauchen, seit dem früheren 20. Jahrhundert wird das Wort antisemitisch gedeutet. In der Weimarer Zeit ist es u.a. die Bündische Jugend, die den Ausdruck häufig verwendet, so erläutert etwa ein Mitglied der freideutschen Jugend 1918:

Der völkische Gedanke strebt nach der Wiedererweckung echten deutschen Volkstums in deutschen Landen. (Kurella 1918, 164)

Im Diskurs zum Ausgang des Ersten Weltkriegs – diesen Krieg verloren zu haben wurde als Schmach und Demütigung empfunden – in diesem Diskurs dient *völkisch* sozusagen als Hoffnungsvokabel. Die sogenannte Bamberger Erklärung des rechtsextrem-völkischen Alldeutschen Verbands aus dem Jahr 1919 erklärt, was *deutsche Wiedergeburt* bedeute, nämlich: *unserem Volke endlich Nationalgefühl, völkischen Willen,*

völkischen Stolz beizubringen. Denn die Autoren sind der Überzeugung .., daß der schmachvolle Zusammenbruch letzten Endes eine Folge des fehlenden Nationalgefühls war.

Wenn wir in Hitlers „Mein Kampf“ schauen, kommt uns hier die rassistisch-nationalistische Komponente von *völkisch* in voller politischer Entfaltung entgegen, denn hier wird der völkische Staat konzipiert:

Der Trieb der Arterhaltung ist die erste Ursache zur Bildung menschlicher Gemeinschaften. Damit aber ist der Staat ein völkischer Organismus. (Hitler, Mein Kampf)

Dieser völkische Staat, den Hitler imaginiert, ist der *germanische Staat Deutscher Nation* (ebd.).

Völkisch ist – soviel zusammenfassend – politisch national und rassistisch konnotiert, ist insofern eine Abgrenzungsvokabel, die Differenz markiert und wird dann im NS – und das muss uns ganz klar sein – als Legitimationsvokabel für antisemitisch-rassistisches Handeln, das die Vernichtung einschließt, verwendet.

Wir sind bei unserem Thema. Es geht um Sprachspuren, die Denkmuster offenbaren, menschenverachtende und demokratiefeindliche Leitbilder, die in unserer Gegenwart rechtspopulistisch vorgetragen werden, die wir ebenso in der Weimarer Zeit finden und die der NS sozusagen wohl vorbereitet vorfand, um sie aufzunehmen, zu intensivieren und zu radikalisieren.

Was ist unser sprachliches Material? Ausgangspunkt ist das Grundsatzprogramm der AfD. Sie können zu Recht fragen: Warum das Grundsatzprogramm? Lassen sich Formen von Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit nicht viel eher aus aufgeheizten Propagandareden ableiten? Sicher – das stimmt. Öffentliche Reden sind oftmals aggressiver und direkter als schriftlich gefasste Programme. Da haben wir ja unzählige Beispiele – siehe Höcke. Was aber einen unschätzbaren Vorteil von schriftlich fixierten Parteiprogrammen gegenüber mündlichen Reden ist: das Parteiprogramm hat eine gewisse Verbindlichkeit. Hier kann nicht gesagt werden, dies und jenes sei so nicht gesagt worden, aus dem Zusammenhang gerissen, missverstanden – Sie kennen die Strategie. Sondern: Der Inhalt, die Aussagen des Parteiprogramms sind jederzeit überprüf- und nachweisbar. Und – das werden wir gleich sehen – auch das in Sprache und Diktion „gemäßigtere“ Parteiprogramm enthält Beispiele genug zu unserem Thema.

Für den historischen Vergleich konsultieren wir das Programm der NSDAP von 1920 und Hitlers ‚Mein Kampf‘ von 1924, daneben schauen wir in das Parteiprogramm der Deutschnationalen Volkspartei von 1920 und in Moeller van den Brucks Monografie ‚Das Dritte Reich‘ aus dem Jahr 1923.

Parallelen zeigen sich in vielerlei Hinsichten, wir beschränken uns auf die folgenden Muster und fragen:

- Wie wird die politische Gegenwart dargestellt – Stichwort: Parteienkritik?
- Mit welchem Selbstbild haben wir es zu tun – Stichwort: Ordnung schaffen?
- Welches Menschenbild ist Grundlage ihres Denkens – Stichwort: das Eigene und das Fremde?

Das sollen unsere drei Leitfragen sein – alle drei Fragen lassen sich sowohl an die AfD adressieren, als auch an die extreme politische Rechte der Weimarer Zeit.

Zum Schluss werde ich zum einen unseren Gegenstand gesellschaftlich-politisch einordnen, zum andern werde ich ihn unter dem Aspekt der sprachlichen Gewalt bewerten.

Zunächst also

Parteienkritik

Fragen wir zunächst einmal, mit welcher Haltung, mit welchen Absichten die AfD ihr Programm entwirft. Bekanntlich ist die AfD eine parteienkritische Partei. Ihre Leitwörter sind zum Beispiel *Parteibuchwirtschaft* und *Ämterpatronage*, sie spricht von *Deutschlands Staatsapparat* und der *politischen Klasse*, von *Vetternwirtschaft* und *Filz*, von *korruptionsfördernden Strukturen* und *verwerflichem Lobbyismus*. Im Programm wird ein *heimlicher Souverän* beschworen, eine *kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien*, eine *politische Klasse von Berufspolitikern*. Deren alleiniges Interesse sei: *ihre Macht, ihr Status und ihr materielles Wohlergehen*.

Was ist das Spezifische dieser Kritik? Die AfD gründet – mit dem Selbstbild einer Instanz, die aufräumt und Ordnung schafft – ihr Parteiprogramm auf dieser Kritik, um Zustimmung zu erhalten und politisch zu profitieren. Ihr dient diese Kritik zur Schaffung ihres Existenzrechts, das auf diese Weise in der Denunzierung von Parteien und Parteipolitiker*innen besteht. Wir erkennen als sprachliche Strategie:

Rechtspopulistische Partei- und Politikkritik wird in denunziatorischer Diktion vorgetragen. Die typische Sprachhandlung ist die der Behauptung, Verleumdung und der Unterstellung. Behauptung, Verleumdung und Unterstellung werden in apodiktischen Aussagesätzen formuliert, sie lassen Widerspruch nicht zu. Damit inszeniert sich die AfD gleichzeitig programmatisch als diejenige Partei, die alle (behaupteten) „Misstände“ in Politik und Gesellschaft beseitigt und Ordnung herstellt.

Aufräumer-Attitüde nenne ich diese Selbstkonzeption und es gibt dazu historische Parallelen. Schauen wir nach Weimar. Partei- und Politikkritik war hoch entwickelt, obwohl man noch gar keine Erfahrungen mit dem Parteienstaat der parlamentarischen Demokratie hatte. Und die Vorwürfe der Korruption, des Handelns aus Macht- und Wohlstandsinteressen sind dieselben.

Im Programm der NSDAP von 1920 etwa:

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten (NSDAP Parteiprogramm 1920)

Oder in einer Rede Adolf Hitlers:

So ist es gekommen, wie es kommen mußte, wie es immer wieder kommen wird, solange sich das deutsche Volk solche Regiererei der Parlamentsparteien gefallen läßt. .. die Reichstagsmehrheit vertritt alles andere als nationale Interessen! Das Reich ist ja nicht mehr das deutsche Reich des deutschen Gefühls, sondern das Reich der Parteien! Diese aber kennen bloß ihre abgedroschenen Parteidogmen, ihre Parteigrundsätze, nicht aber deutsches Volksgefühl! (Hitler-Rede 1923)

Und Moeller van den Bruck, der 1923 sein Werk „Das Dritte Reich“ veröffentlicht, zieht als Fazit: *Wir setzen an die Stelle der Parteibevormundung den Gedanken des Dritten Reichs* (Moeller 1923: o.S.)

Parteienkritik, darauf müssen wir hinweisen, ist in der Weimarer Republik nicht der extremen Rechten vorbehalten. Parteienkritik stellt ein starkes Segment des Weimarer Politikdiskurses insgesamt dar. Und das Thema ‚Partei‘ ist ein konstitutives Element des Weimarer Gründungsdiskurses nach 1918, in dem sich die politischen oder weltanschaulichen Positionen treffen und das sie je nach politischer Orientierung ausdeuten. Während aber z.B. der Vater der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, die *parlamentarische Parteiregierung als innere Notwendigkeit* (Preuß 1921b, 215f.)

akzeptiert und auf ihrer Grundlage konstruktiv-bejahend demokratische Strukturen etabliert, ist die Kategorie der extremen Rechten *Schwindel: Es ist alles ein Schwindel, bei dem es Schwindler und Beschwindelte gibt. Und das Volk ist immer das Opfer.* (Moeller 1923, 110) Heute sagt man nicht *Schwindel*, sondern *Lüge*.

Das Monitum einer verselbständigten Elitenherrschaft ist Gegenstand der Parteienkritik. Und das Motiv ist zur Weimarer Zeit dasselbe wie in unserer Gegenwart: Interessen werden angeblich nicht mehr durch die gewählten Politiker*innen repräsentiert. Die politische Sozialforschung nennt den entsprechenden Effekt eine „Repräsentations- und damit auch Partizipationslücke zwischen Bevölkerung und Politik“ (Bender/Wiesendahl 2011, 1). Diese Lücke ist ein Wahrnehmungsphänomen, sie markiert ein gefühltes Defizit, das weithin hörbar und oftmals mit hohem emotionalem Aufwand von wütenden, mindestens aber besorgten Bürgerinnen und Bürgern benannt wird – die AfD nimmt dies Gefühl auf und transformiert es in politische Programmatik.

Wir erkennen hier überdeutlich, mit welchen Argumenten das Imageproblem der Parteien bei der politischen Rechten ausgestattet war und ist: Parteien verkörpern das Gegenteil von Staat und Wahrheit und Recht. Übrigens: Die heutige Forschung zu dem Thema Politikverdrossenheit, die sog. Verdrossenheitsforschung, kann nachweisen, dass Parteienschele heute der am häufigsten fokussierte Gegenstand von Politikkritik ist. Die Demokratieggeschichte indessen zeigt, dass diese Parteienkritik sozusagen einen ihrer Meilensteine markiert. In dem Moment, wo im politischen Diskurs um die Etablierung der parlamentarischen Demokratie gerungen wird – also in der Zeit der frühen Weimarer Republik – geraten Parteien in den Fokus der Kritik. In dem Moment mithin, in dem es Parteien sind, die um die politische Herrschaft kämpfen, in dem also politische Macht nicht mehr vom regierenden Monarchen verliehen wird, sondern die Fraktionsstärken entscheiden – in dem Moment sind es auch die Parteien, die im Zentrum der Politikkritik stehen. Dieses Denkmuster gibt die politische Rechte von Weimar vor, es ist auch das Muster der AfD-Programmatik.

Selbstbild: Aufräumer-Attitüde

Wir haben davon gesprochen, dass die AfD mit ihrer Parteienschele sich selbst als Aufräumer konzipiert: wer Unordnung, Missstände und Fehlentwicklungen behauptet, zeigt auf sich selbst als diejenige Instanz, die die Ordnung wiederherstellt. Wer

aufräumt, bewegt sich demnach in dem vergangenheitsorientierten Denkmuster der Restituierung. Dieses Denkmuster hat eine lexikalische Entsprechung in dem Wörtchen *wieder*. Es ist auffallend, wie häufig es im Text des AfD-Programms vorkommt, wie häufig beansprucht wird, etwas in einen ursprünglichen Zustand zurückversetzen zu wollen. *Wieder* wird in diesen Beispielen nicht in temporal-repetitiver Lesart, sondern im Sinn einer restituierenden Bedeutung verwendet. In dieser Bedeutung ist *wieder* mehrdeutig, was mit dem Wahrheitswert der Behauptung zu tun hat. Hinsichtlich des Wahrheitswertes der Aussage ist der Gebrauch dann unproblematisch, wenn in Bezug auf etwas, das einmal existiert hat, nachweislich gegenwärtig aber nicht existiert, wenn also in Bezug auf dieses gefordert wird, es einzuführen – zum Beispiel die Wehrpflicht: *Wehrpflicht wieder einsetzen* (AfD 2016, 22) fordert die AfD z.B. *Wieder* bedeutet hier: Das Bezeichnete hat einmal existiert und soll erneut existieren.

Strategisch suggestiv und hinsichtlich des Wahrheitswerts problematisch dagegen ist der Gebrauch von *wieder*, wenn eine Aussage mit der entsprechenden Forderung die Existenz eines Sachverhalts leugnet, die rein ideologisch motiviert ist. Insbesondere in Bezug auf die Grundhaltung der AfD, die dem Autoritären als Prinzip verpflichtet ist und die eine Gesellschaft der Vertikalität idealisiert, kommt ihre vergangenheitsorientierte Restituierungshaltung zum Ausdruck, vor allem hinsichtlich der Rechtsprechung und vor allem in diesen Sätzen ist der Wahrheitswert ideologisch geprägt:

- *Dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen* (AfD 2016, 16);
- *die Organe müssen sich wieder an das Recht halten* (AfD 2016, 16);
- *Wiederherstellung unseres Rechtssystems* (AfD 2016, 16)

Daneben ist auch die freie Meinungsäußerung Gegenstand solch ideologisierender Behauptungen von Nichtexistenz:

- *dem Grundrecht zur freien Meinungsäußerung muss .. wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden* (AfD 2016, 42)

Wer fordert, das Rechtssystem wieder herstellen zu wollen, behauptet, dass das Rechtssystem gegenwärtig außer Kraft ist. Wer behauptet, dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung wieder Geltung schaffen zu wollen, behauptet, dieses Grundrecht habe gegenwärtig keine Gültigkeit. Das ist diejenige sprachliche Camouflage-Strategie, mit der die AfD ein Klima des Misstrauens und der Konfrontation erzeugt. Die Ideologie des autoritären Ordnungsstaats, dessen Restituierung gefordert wird, ist das Motiv.

Schauen wir wiederum nach Vorlagen aus der Weimarer Zeit: Moeller van den Bruck beschwört

die Vorbereitung auf die Stunde, in der wieder Politik als Führung und nicht Politik als Gängelung die Geschicke bestimmen würde (Moeller van den Bruck 1923).

Und die Deutsch-nationale Volkspartei

erstrebt die Wiedergeburt des deutschen Volksgeistes durch die lebendigen Kräfte des Christentums und echten, bewußten Deutschtums. (DNVP 1920)

Dasselbe vergangenheitsbezogene Muster der Restituierung finden wir dann auch in Hitlers „Mein Kampf“:

Deutschösterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande

Immer wieder thematisiert er die *nationale Wiedergeburt*, lobt den

deutschen Arbeiter, der wieder den Weg zum Volkstum gefunden hatte.

Hitler nimmt für sich in Anspruch:

Viele Hunderte, ja wohl Tausende von Kameraden habe ich im Verlaufe meiner Vorträge wieder zu ihrem Volk und Vaterland zurückgeführt.

Er geißelt mit rassistischer Argumentation

Völker, die sich bastardieren oder bastardieren lassen, so dass ihr durch einen Stärkeren herbeigeführte Untergang die Wiederherstellung des Rechtes sei.

Er legt fest:

Jeder Wiederaufstieg des deutschen Volkes führt nur über die Wiedergewinnung äußerer Macht.

Und er prophezeit schließlich:

ein Schwert, das dem germanischen Siegfried die Freiheit, der deutschen Nation das Leben wiedergewinnen soll.

Halten wir fest: Parteien denunzieren, Ordnung versprechen, Vergangenes wiederherstellen – wir können diese Denkmuster sowohl bei der AfD als auch bei der politischen Rechten der Weimarer Zeit nachweisen. Die sprachlichen Spuren und die Denkmuster sind dieselben, wie wir gesehen haben.

Kommen wir vor diesem Hintergrund zum Kern unserer Fragestellung, der das Menschenbild der AfD betrifft. Die Antwort auf die Frage nach dem Menschenbild einer Partei liefert die Essenz ihres politischen Wollens, lässt ihre politische Position erkennen, und gibt so den deutlichsten Aufschluss über die Grundprinzipien ihres Wertesystems. Das führt uns zu unserem Grundgesetz und die in diesem Gesetz kodifizierten Grund- und Menschenrechte.

Menschenbild und rassistischer Nationalismus

Nach einem Menschenbild fragen bedeutet danach zu fragen, wie über Menschen geredet wird. Menschenbilder entstehen durch Sprache, wir sprechen von „sprachgeprägte[n] Menschenbildern“.

Menschenbilder entstehen u.a. durch Abgrenzung, durch den (konstruierten) Gegensatz zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Wir sprechen von einem binären Menschenbild, von einem Menschenbild des Entweder – Oder. Um dem Menschenbild z.B. einer Partei auf die Spur zu kommen, können wir also danach fragen, wie in dem Programm dieser Partei über das Eigene und über das Fremde geredet wird.

Wenn das Eigene und das Fremde eine politische Leitidee ist, wie in einem Grundsatzprogramm, dann werden damit gleichzeitig auch Vorstellungen formuliert, wie politisch gehandelt werden soll. Dann beruhen Handlungsabsichten auf diesem binären Menschenbild. Da diese Unterscheidung jedoch nicht wie wir gleich sehen werden einer sachlich-neutralen Feststellung entspricht, sind Klassifizierungen von Menschen im politischen Kontext des Rechtspopulismus immer auch wertend – im Sinn der Feststellung von Ungleichwertigkeit. Dann wird nicht nur danach gefragt, inwiefern sich die Angehörigen der eigenen Gruppe von denjenigen der anderen Gruppe unterscheiden. Sondern dann wird das Eigene und das Fremde von Menschen zur Erreichung bestimmter politischer Ziele auf- bzw. abgewertet, bestimmte Eigenschaften und ethnische Zugehörigkeit werden dann in einen Kausalzusammenhang gebracht und Menschenbilder geraten zur Legitimationsgrundlage, auf der die Gesellschaft wertend abgebildet wird, aus der politische Forderungen abgeleitet werden und auf der Handlungsabsichten formuliert werden.

Damit ist eine rassistisch-nationalistische Position beschrieben. Und diese zwei Aspekte, die Überhöhung des Eigenen und die Abwertung des Fremden, schauen wir uns genauer an – einschließlich Parallelen in Texten der extremen Rechten in den 1920er Jahren.

- Überhöhung des Eigenen

Schauen wir ins AfD-Programm:

Für den Arbeitsmarkt qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft sind uns willkommen .. Davon strikt zu trennen ist die unregelte Asylzuwanderung, die dem Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nutzt und der Gesellschaft schadet.

Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit ist Abschluss einer erfolgreichen Integration, nicht aber deren Ausgangspunkt.

die deutsche Staatsangehörigkeit [ist] untrennbar mit unserer Kultur und Sprache verbunden.

Bei dem Nationalismus AfD'scher Provenienz handelt es sich um biologischen Nationalismus. Biologischer Nationalismus bedeutet die Propagierung der Ethnonation, das heißt: ausschließlich die ethnische Herkunft ist nationales Zugehörigkeits- bzw. Ausschlusskriterium.

Ethnonationalistische Denkmuster finden wir auch bei der NSDAP – die Diktion des Parteiprogramms von 1920 unterscheidet sich in nichts von der des Grundsatzprogramms der AfD.

Wir finden dieselbe ethnonationalistische Ein- und Ab- und Ausgrenzung:

Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. ..

Wir finden dieselbe xenophobe Denkweise:

Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen. ..

Wir finden dasselbe Nützlichkeitsdenken ausgedrückt:

Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die

Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen. ..

Wir finden dasselbe Abschottungsmuster:

Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. (NSDAP-Programm 1920)

Mit der Feststellung „Derzeit gibt es über deutsches nationales Selbstbewußtsein nichts Erwähnenswertes zu vermelden“ beschließt mein Kollege Fritz Hermanns im Jahr 1995 seinen Aufsatz über die Neudeutungen, die die Bezeichnungen *deutsch*, *Deutsche/r* und *Deutschland* nach der sog. Wiedervereinigung erfahren haben (Hermanns 1995). Das hat sich geändert. Inzwischen ist eine Menge Erwähnenswertes über nationales Selbstbewußtsein zu berichten. Während vor dem Aufkommen von AfD und Pegida Nationalismus kaum als ein weiter verbreitetes gesellschaftliches Phänomen anzusehen war, ist er mit Erscheinen dieser politischen Richtung in der Öffentlichkeit wieder deutlich bemerkbar geworden. Es überrascht deshalb nicht, dass im Programm der AfD *deutsch* und *Deutschland* diejenigen Leitwörter sind, die die Differenz markieren und das Eigene kennzeichnen.

Das Leitwort dieses Nationalismus also ist *deutsch* – und zwar in einer spezifischen Verwendung. Wir haben es mit nationalistischen Denkmustern zu tun, wenn *deutsch* als Legitimationsvokabel verwendet wird und nicht nur eine Herkunft bezeichnet, sondern eine Eigenschaft bewertet. Folgende Beispiele aus dem AfD-Programm:

deutsche Schriftsteller, deutsche Musiker, deutsche Designer

Digitalisierung der Deutschen Literatur .. eine von Deutschland zu leistende Aufgabe. Nur die eigene Bevölkerung und deutsche Literaturfachleute können deutsche Literaturwerke gewinnen

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur

die deutsche kulturelle Identität selbstbewusst verteidigen

Schauen wir auch hier in die Geschichte. *Deutsch* wird als Legitimations-, Abgrenzungs- und Wertevokabel seit dem 19. Jahrhundert verwendet, mit dem Nationalismus einher geht der wertende Gebrauch der Bezeichnung, die nicht mehr Herkunfts- sondern Werte- und Differenzbegriff ist. Thomas Mann kommentiert in seinem Tagebuch die

Haltung der Deutschen dem amerikanischen Präsidenten gegenüber – der Krieg geht eben verloren, wir schreiben das Jahr 1918:

Die Antwort an Wilson hat etwas Monumentales, Diplomatieloses, Unverklausuliertes, was imponiert u. mir Freude macht. Es ist deutsch. (Mann Tgb. 1918)

Die Deutsche Volkspartei will

das deutsche Volk deutsch erhalten und bekämpft daher insbesondere die seit der Revolution eingetretene Überflutung Deutschlands durch fremdstämmige Personen. .. Die deutschen Hochschulen stehen in erster Linie Studierenden deutscher Abstammung und deutscher Muttersprache offen. (DVP 1919)

Der Alldeutsche Verband hat das

Ausland-Deutschtum stets für den wichtigsten Vorposten deutschen Einflusses, deutscher Wirtschaft und Kultur gehalten. (Bamb. Erklärung 1919)

Und der Verband verspricht in seiner Bamberger Erklärung von 1919 zu versuchen,

alle Bestrebungen zu fördern .., die ruhig und bestimmt dafür eintreten, daß Deutschland den Deutschen gehört (Bamberger Erklärung 1919, 219).

Deutschland den Deutschen – das ist die Parole des Ethnonationalismus.

Ein Bündischer schließlich beschwört das

Wollen deutsch zu sein, immer mehr zu werden, nicht nur im Sinne der Landesfarben, sondern wie eine innere Stimme es gebietet. Deutsch wie man es in seltenen Augenblicken erlebt, wie es ein oft verspottetes, wenig verstandenes Dichterwort als wesentlich, heilend und heilig preist. (Jordans 1922, 169)

Fragen wir danach, was eigentlich das Motiv solchen rassistischen Nationalismus ist, dann lautet die Antwort: Es ist das archaische Motiv der Stärke. Rassismus und Nationalismus beruhen auf dem Grundgedanken ‚stark ist gut, schwach ist schlecht‘ – Darwin hat dieses Prinzip bekanntlich in seiner Evolutionstheorie als „survival of the fittest“ beschrieben. Das ist ein Naturgesetz, das den Arten ihr Überleben gesichert hat. Ein solches Gesetz schlägt sich in instinktivem und triebhaftem Handeln nieder. Wenn ein solches Gesetz zum Motiv eines politischen, also planvollen und reflektierten Handelns gemacht wird, haben wir es mit einer biologistischen Argumentation zu tun.

Wie in der rechtspopulistischen Politik dieses Prinzip „stark ist gut, schwach ist schlecht“ zur Leitidee wird, lesen wir im AfD-Programm in Sätzen wie den folgenden:

Dass die Geburtenrate unter Migranten mit >1,8 deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.

Wer diese Idee zum Leitprinzip macht, sieht sich veranlasst,

ausgewanderte Deutsche zur Rückkehr zu motivieren.

Auch diese eine Idee ist nicht neu, in ihrem Programm versichert die Deutsche Volkspartei im Jahr 1919:

Die Auswanderung von Deutschen gilt ihr [der DVP] als Verlust deutscher Volkskraft und deutschen Volksvermögens.

Es geht um die Stärke des Volks der Deutschen, je stärker desto besser – das ist eine Denkfigur, die in großer Explizitheit Moeller van den Bruck erläutert. Er plädiert dafür, *den deutschen Nationalismus als Ausdruck des deutschen Universalismus zu verstehen, um die Nation als ein Besonderes zu behaupten.* Er sei *Ausdruck eines deutschen Selbsterhaltungswillens* – da haben wir wieder das Motiv der naturgesetzlichen Kreatürlichkeit. Und auch die Geburtenrate ist in Weimar nationalistisch-rassistisches Handlungsmotiv:

Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die dem Wiederaufbau unserer Volkskraft .. dienen. .. Die breiten Volksmassen sind über die Gefahren des Geburtenrückganges aufzuklären (DNVP 1920).

Übrigens erklären sich mit der Verwendung von *deutsch* als Eigenschafts- und Wertebezeichnung auch alle Zusammensetzungen, wie *undeutsch, widerdeutsch, deutschfeindlich* etc., als auch Ableitungen, wie *deutscher* oder *am deutschesten*. Ebenso zeigen dies Formulierungen wie *sehr deutsch* u.Ä.

Abwertung des Fremden

Das rassistisch-nationalistische Denkmuster besteht nicht nur aus der Überhöhung des Eigenen. Mit der Überhöhung des Eigenen einher geht die Abwertung des Fremden, also in diesem Fall alles Nichtdeutschen. Denn was ist Rassismus? Rassismus bedeutet,

wertend über Menschen im politischen Kontext zu reden und dabei die Herkunft dieser Menschen zum Bewertungskriterium zu machen.

Schauen wir uns zunächst wieder Beispiele aus dem Programm der AfD an:

*Niedrigqualifizierte wandern überwiegend über missbräuchliche Asylanträge zu;
 Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer;
 Erheblicher Anteil von Ausländern im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität;
 Einwanderung in die Sozialsysteme;
 über das Asylrecht in das deutsche Sozialsystem einzuwandern;
 Einwandererkriminalität – nichts verschleiern, nichts verschweigen*

Wir haben es hier mit Beispielen kriminalisierender, sozial stigmatisierender Xenophobie zu tun. Wir können erkennen, dass die Relevanzstruktur der AfD-Wirklichkeit in der Konzeption von Nicht-Deutschen besteht, die mit den Eigenschaften ‚un-, bzw. ‚schlecht gebildet‘, ‚Sozialhilfeempfänger‘, ‚kriminell‘, ‚kinderreich‘ die Gesellschaft der „Einheimischen“ belasten.

Welche Vorbilder finden wir in der Geschichte? Das eben gezeigte Reden der AfD über Ausländer hat überdeutliche Parallelen zu dem Reden der Völkischen und der Nazis über Juden. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus liegen nah beieinander, wie wir wissen. In der Bamberger Erklärung von 1919 lesen wir:

Diese machtpolitische Voraussetzung staatlicher Wiedergeburt findet [sich] in der Notwendigkeit, den jüdischen Einfluß zurückzudämmen; .. die Juden sind ein volksfremder Bestandteil der Reichsbevölkerung (Bamberger Erklärung 1919, 219)

Hitler erklärt in ‚Mein Kampf‘ Juden zu

derjenigen Rasse, die ihren inneren Zielen nach die Sonne zu scheuen hat, jetzt und in allen Zeiten der Zukunft.

Der Jude sei

schmutzig und unwahr (Mein Kampf), ewiger Spaltpilz der Menschheit (ebd.).

Juden seien das Volk,

unter dessen Parasitentum besonders heute die ganze ehrliche Menschheit zu leiden hat (ebd.),

deren

ganzes Dasein auf einer einzigen großen Lüge aufgebaut (ebd.) sei.

Und dann ein Stereotyp, das wir aus jüngster Vergangenheit kennen, aus dem xenophoben Diskurs der Flüchtlingsthematik:

Der schwarzhhaarige Judenjunge lauert stundenlang, satanische Freude in seinem Gesicht, auf das ahnungslose Mädchen, das er mit seinem Blute schändet und damit seinem, des Mädchens, Volke raubt. (ebd.)

Wir können also sagen: Das AfD-Programm ist dem Denken des ethnischen Nationalismus zuzuordnen. Die Identifikationsinstanz dieses Ethnonationalismus AfD'scher Provenienz ist nicht die des Staates, sondern die des Volkes, der Ethnie. Begründet ist diese nationalistische Haltung in einem hohen Grad an Zugehörigkeit aufgrund identischer Herkunft, aufgrund ethnischer Identität also. Dieses Denken beruht auf einer biologistischen, kulturalistisch-nationalistischen Weltanschauung nicht nur mit Ungleichheitsvorstellungen, die gegen ‚Nicht-Zugehörige‘ gerichtet sind, sondern auch mit dem Denkmuster der Ungleichwertigkeit von Menschen. Zur Feststellung von Ungleichwertigkeit wird nicht nur danach gefragt, inwiefern sich die Angehörigen der eigenen Gruppe von denjenigen der anderen Gruppe unterscheiden, sondern das Eigene und das Fremde wird zur Erreichung politischer Ziele auf- bzw. abgewertet. Wir haben es mit einer Version exklusiven Nationalismus zu tun, den der Ausdruck von Werthaltungen kennzeichnet. Es wird ein Kausalzusammenhang hergestellt zwischen bestimmten Eigenschaften und ethnischer Zugehörigkeit.

Deutsch ist im Kontext dieses Denkens kein Herkunfts-, sondern ein Wert- und damit ein Differenz- und Ausschlussbegriff. Die im Programm der AfD imaginierte Gemeinschaft der Deutschen ist die hoch bewertete geschlossene Gesellschaft der *Deutschstämmigen*. So bedient das AfD-Programm nationalistisch-rassistische Ressentiments, die historisch aus dem völkisch-nationalistischen Geist des frühen 20. Jahrhunderts ableitbar sind. Seinen Ursprung hat dieser Geist im rassistisch-nationalistischen Denken des späten 19. Jahrhunderts, war zur Zeit der Weimarer Republik hoch präsent und in der Zeit des Nationalsozialismus die Raison d'être des gesamten Staates, der gesamten Gesellschaft und ihrer Herrschaft. Nach 1945 und bis vor wenigen Jahren war er kein zu problematisierendes Thema mehr im gesellschaftlich-politischen Diskurs. Und das sog. „Sommermärchen“ der Fußballweltmeisterschaft 2006 hat so etwas wie eine

unbeschwerte nicht-ideologisierte Freude am Deutschen in der internationalen Gemeinschaft für einen kurzen Moment möglich gemacht. Vor wenigen Jahren aber kam mit umso größerer Ausdrucksstärke ein nationalistisches Denken auf, das nach Nationalsozialismus und Holocaust überwunden schien.

Bei der AfD ist es jetzt zum politischen Programm geworden: Aus der wertenden Konstruktion der Gesellschaft werden politische Absichten abgeleitet, auf der Grundlage dieser Konstruktion werden Handlungsoptionen formuliert. Damit geraten Menschenbilder zur Legitimationsgrundlage politischer Forderungen.

Ich komme zum Schluss und damit einerseits zur gesellschaftlich-politischen, andererseits zur sprachlichen Bewertung dessen, was wir eben gehört haben.

Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses

Artikel 1 der Menschenrechtserklärung von 1789 lautet:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Artikel 1 des Grundgesetzes von 1949 lautet:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Wer Menschen in abwertender Absicht klassifiziert, um sich so entsprechenden Handlungsspielraum zu schaffen, spricht ihnen das Menschenrecht der gleichen Würde und Rechte ab.

Gleichzeitig bewirkt diese Klassifizierung in „wert“ und „unwert“ eine Er- und Überhöhung dessen, was als „Eigenes“ gilt.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist eine auf den Werten des Grundgesetzes fundierte Gesellschaft. Denn die Grundrechte des Grundgesetzes sind die verpflichtende Wertegrundlage der Gesellschaft. Das Menschenbild des Grundgesetzes ist geprägt von dem Kennzeichen der Gleichheit und der Gerechtigkeit. Der Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ legt eine Haltung fest, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus tabuisiert. Diese Tabuisierung ist gesellschaftlicher Konsens.

Diesen Konsens kündigt das AfD-Programm auf, indem es ein binäres Menschenbild propagiert und gute, nützliche, arbeitsame, ehrliche und gebildete Deutsche unterscheidet von kriminellen und ungebildeten Migranten.

Die sprachliche Bewertung des Programms muss die gesellschaftliche Aufkündigung des Konsenses als sprachliche Gewalt einordnen. Denn: Wer den gesellschaftlichen Konsens aufkündigt, kündigt diesen Konsens auch sprachlich auf.

Was ist sprachliche Gewalt?

Sprachliche Gewalt – wir denken zu allererst an aggressivste Facebook- und Twitterposts, an frauen- und fremdenfeindliche verbale Ausfälle im politischen Diskurs der sozialen Medien, an Verstöße gegen Sprachtabus, die in hohem Maß Bereitschaft zu physischer Gewalt erkennen lassen.

Jedoch: Sprachliche Gewalt ist mehr. Sie drückt sich auch in Formulierungen aus, die Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien des Grundgesetzes missachten, mit denen Menschen in Kategorien von gut und schlecht einsortiert werden.

Damit werden Bezüge zu nationalistisch-rassistischem, völkischem Denken erkennbar, das nach der Erfahrung mit Nationalismus und Rassismus den Prinzipien des Grundgesetzes widerspricht.

Sprachliche Gewalt bedeutet demnach auch, rassistische Denkmuster auszudrücken und Menschen ihre Gleichwertigkeit abzusprechen. Das ist ein Tabubruch, dessen kalkulierte Provokation in einer rechtspopulistischen Weltanschauung mit Ungleichheitsvorstellungen von ‚Nicht-Zugehörigen‘ besteht: Dieser Tabubruch bedient damit xenophobe Ressentiments.

Wir bewerten dies als eine Form von Sprachwandel, als Veränderung von Sprachgebrauch im öffentlichen Diskurs: die Nutzung von Wortschätzen und Kommunikationsformen, die in ihrer Radikalität und Aggressivität nicht (mehr) zum Usus gehörten und die wieder verwendet werden. Diese Feststellung verweist auf die Akteure, die Sprache benutzen – und die mit Sprache Wirklichkeit schaffen. Die neuen Akteure, die den politischen Diskurs verändern, sind insbesondere diejenigen, die dem Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus zuzuordnen sind.

Wir haben uns auf das Grundsatzprogramm der AfD konzentriert – das Phänomen sprachlicher Gewalt aber, um das es hier geht, ist nahezu weltweit verbreitet: Rechtspopulisten nahezu auf der ganzen Welt inszenieren sich als Volksversther und Aufräumer. Ihre einfache binäre Sicht unterscheidet überall lediglich gut und böse,

schwarz und weiß, das Eigene und das Fremde. Sie versprechen überall, eine Ordnung, die angeblich einmal existiert hat, wieder herzustellen:

We will make America great again!

Again – hier finden wir dasselbe restituierende *wieder*, das wir vorhin analysiert haben. Auf der ganzen Welt suggerieren sie, einen Kampf für Gerechtigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu führen (*Ich werde der größte Job-Präsident sein, den Gott jemals geschaffen hat!*), einen Kampf gegen Ausländer (*Ich werde eine Mauer bauen!*). Und sie geben nationalen Interessen unbedingten Vorrang (*America first!*) und behaupten Unwahrheiten (*Wir zahlen jede Woche 350 Millionen Pfund an die EU!*).

Versprechungen machen, simple Lösungen formulieren und Unwahrheiten behaupten – dieses sprachliche Verhalten widerspricht einer kommunikativen Ethik und disqualifiziert diejenigen, die so reden. Sprachlich gesehen haben wir es dabei allerdings mit Phänomenen zu tun, die in der ‚Sprache und Politik‘-Forschung oftmals beschrieben und im Kern keine wirklich neuen Sprachgebraucherscheinungen sind.

Neu dagegen – zumindest in diesem Ausmaß und in dieser Intensität – ist die Provokation, die Beleidigung, die Aggression im rechtspopulistischen Diskurs.

Donald Trump beschimpft die politische Gegnerin als korrupt und verschlagen (*corrupt, crooky Hillary*) und denkt öffentlich über Waffengebrauch als Option des politischen Diskurses nach. Parteivorsitzende Petry schlägt, anscheinend geschichtsvergessen, tatsächlich rein provokativ und Aufmerksamkeit heischend, die Rehabilitierung der rassistischen Vokabel *völkisch* vor und proponiert den Schießbefehl auf Geflüchtete. Auf Facebook wird zur „Lösung“ des sog. *Flüchtlingsproblems* empfohlen, die Vernichtungslager wieder zu öffnen.

Sagen, was die Libido gerade eingibt, ungefiltert herauslassen, was man so denkt, m.a.W. reden im ich-hier-jetzt-Modus ist der kommunikative Imperativ des Rechtspopulismus. Er hat die Missachtung der von der Institution der Political Correctness vorgegebenen Regeln zur Folge. *Politisch korrekte Sprachvorgaben lehnen wir ab* lässt man im AfD-Programm apodiktisch verlauten, bewertet die Praxis als *gesellschaftsschädigend* und als Lüge. Dass die Idee der Political Correctness, sozusagen der Menschenrechte für Wörter, ihren ethischen Ursprung in Empathie und Inklusion hat, indem diskriminierende Äußerungen (etwa bzgl. Geschlecht, Herkunft oder körperlicher Einschränkung) damit unterbunden werden sollen, wird ignoriert.

Menschliche Kommunikation funktioniert auf der Basis von Spielregeln. Dazu zählt z.B. ein öffentliches Reden mit und über Menschen, das die Menschenwürde achtet und die Menschenrechte respektiert. Dieses Prinzip ist z.B. im Grundgesetz normiert und damit gesellschaftlicher Konsens. Rechtspopulisten kündigen hinsichtlich des Sagbaren und des Nichtsagbaren diesen gesellschaftlichen Konsens auf und erweitern mit jedem Bruch der sprachlichen Konvention, mit jeder Aggression, mit jeder Provokation die Grenzen zu sprachlicher Gewalt. Jeder Tabubruch verschiebt systematisch die Grenzen des Sagbaren.

Mein Plädoyer für den „Umgang mit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprache“ ist: zuallererst Aufklärung – über den historischen Kontext, in dem bestimmte „rechte“ Leitwörter stehen und über deren Bedeutung. Sprachliche Aufklärung bedeutet: Denkmuster, Leitideen ableiten aus dem, was wir sprachlich vorfinden.